

*Quelle des Originals: PCP - Posição comum sobre o Tratado para a União Europeia*  
<http://www.pcp.pt/>

*Email von Marcel Hostettler [hostettler.marcel@bluewin.ch] vom 18. Oktober 2007 01:10*

## **GEMEINSAME STELLUNGNAHME VON KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN UND FORTSCHRITTLICHEN LINKSKRÄFTEN ZUM VERTRAG FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION**

Die Parteien, welche diese gemeinsame Stellungnahme unterzeichnen, denunzieren das tatsächliche und erklärte Ziel der gegenwärtigen Reform der Verträge der Europäischen Union: es ist die Wiederaufnahme des wesentlichen Inhalts eines zuvor verworfenen Vertragsvorschlags, in Verbindung mit dem Versuch, der notwendigen demokratischen Debatte und Konsultationen der Bevölkerung und namentlich der Durchführung von Referenden auszuweichen.

Ein solcher Versuch ist unannehmbar und stellt eine tiefe Missachtung für die Demokratie und den souveränen Willen dar, welcher durch das französische und das niederländische Volk in Referenden im Jahre 2005 zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Ratifizierung dieses Vertrags durch die unterschiedlichen Länder würde einen und erheblichen qualitativen Sprung bei der Ausgestaltung der EU zum wirtschaftlichen, politischen und militärischen Block gegen die Interessen der Werktätigen und der Völker bedeuten; einen neuen Schritt in Richtung Institutionalisierung des Neoliberalismus, Förderung des Militarismus und Festigung der Herrschaft der Großmächte, welche die Europäische Union dirigieren, wie dies übrigens schon in den Verträgen von Maastricht, Amsterdam und Nizza und in der Lissabon-Strategie angelegt ist.

Dieser Vertrag geht mit neoliberalen Politiken schwanger, welche die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiter und der Völker noch weiteren Gefahren aussetzen würden, sei es durch Marktliberalisierungen, durch den Vorrang des Wettbewerbs oder mit monetaristischen Politiken, die keinerlei Rücksicht auf Wachstum und Beschäftigung nehmen, oder sei es denn durch die Schleifung und Privatisierung des Service public, wie auch immer es den Interessen der großen Finanz- und Wirtschaftsgruppen dienlich ist.

Dieser Vertrag fördert die Militarisierung der Europäischen Union innerhalb des NATO-Rahmens und in Abstimmung mit den USA. Er fördert die Erhöhung der Militäraufwendungen, den Rüstungswetlauf und die Militarisierung der internationalen Beziehungen.

So ein Vertrag widerspricht den Interessen und Erwartungen der Lohnabhängigen und der Völker in Europa. Sagen wir NEIN sowohl zum Vertrag selbst wie auch zum un-demokratischen Prozess, mit dem versucht wird, uns den Vertrag aufzuzwingen.

Das Recht jedes Volkes, sich zum Vertrag zu äußern, von welchem tief greifende Auswirkungen für Gegenwart und Zukunft jedes Mitgliedsstaates und Europas ausgehen, ist sicherzustellen, indem eine breite demokratische Debatte und Volksbefragungen durchgeführt werden.

Im tiefen Vertrauen, dass ein anderes Europa möglich ist, ein Europa der Zusammenarbeit, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und des Friedens, vereinbaren die Kommunistischen und Arbeiterparteien und weiteren fortschrittlichen Linkskräfte, welche die vorliegende Stellungnahme unterzeichnen, eine Reihe von Aktionen in jedem ihrer Länder und auf multilateraler Ebene durchzuführen, um für die Rückweisung dieses Vertrags zu kämpfen und breite demokratische Debatten und Volksbefragungen in den verschiedenen Ländern der Europäischen Union zu fordern, namentlich auf dem Weg von Referenden.

Unterzeichner (Stand: 17.10.2007)

1. KP Flandern (Belgien)
2. KP Wallonien (Belgien),
3. Partei der Arbeit (PvdA Belgien)
4. KP Böhmen und Mähren (KSCM)
5. Britische KP
6. KP Bulgarien (Georgi Dimitroff)
7. Bulgarische KP
8. KP Dänemarks
9. KP in Dänemark
10. Deutsche Kommunistische Partei (dkp)
11. KP Finnlands
12. Französische KP (PCF)
13. KP Griechenlands (KKE)
14. Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei
15. KP Irlands
16. Arbeiterpartei Irlands
17. Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI)
18. Sozialistische Partei Lettlands
19. KP Luxemburg
20. Neue KP der Niederlande
21. KP Polen
22. Portugiesische KP
23. Sozialistische Allianz (Rumänien)
24. KP Spanien (PCE)
25. KP der Völker Spaniens (PCPE)
26. Vereinigte Linke (Izquierda Unida. Spanien)
27. AKEL (Partei des werktätigen Volkes) Zypern